

Q&A: Europäische Debatten zum Thema Migration

Zurück zu den Wurzeln:

Warum fordert die dänische Sozialdemokratie eine restriktive Einwanderungspolitik?

PETER NEDERGAARD
KOPENHAGEN 2018

- Während der letzten hundert Jahre stellten die *Socialdemokraterne* in Dänemark die meiste Zeit die Regierung. Die Vormachtstellung endete jedoch Anfang der 2000er-Jahre. Mit dem Ziel, Wählerstimmen zurückzugewinnen und Belastungen des dänischen Wohlfahrtssystems zu reduzieren, wirbt die Partei seit diesem Jahr für eine neue, restriktive Einwanderungspolitik.
- Demnach soll die Einwanderung nach Dänemark begrenzt, Flüchtlinge außerhalb Europas stärker unterstützt und in Dänemark lebende Menschen aus nicht-westlichen Ländern besser integriert werden.
- Der kontroverseste Aspekt der Parteistrategie ist die Forderung nach Auffangzentren außerhalb Europas. Ebenso würde in Dänemark »spontanes Asyl« abgeschafft – also die Möglichkeit, im Land selbst oder an der Grenze einen Asylantrag zu stellen. Im Gegenzug würde Dänemark eine Quote der Vereinten Nationen (UN) an Flüchtlingen aufnehmen.
- Insgesamt lässt sich die Einwanderungspolitik als eine neue Gegenbewegung zum vorherrschenden liberalen, einwanderungsfreundlichen Diskurs vieler sozialdemokratischer Parteien in Europa einordnen.

1. Worin besteht die neue Einwanderungspolitik?

Die Sozialdemokraten stellen mit etwa einem Viertel der Wählerstimmen die größte Partei im dänischen Parlament. Für den Großteil der vergangenen hundert Jahre war die Partei in der Regierung. Doch seit Anfang der 2000er-Jahre regierte sie lediglich von 2011 bis 2015. Ein wesentlicher Grund ist ihre liberale, einwanderungsfreundliche Politik der letzten Jahrzehnte.¹ Hierdurch wandte sich ein beträchtlicher Teil der traditionell sozialdemokratisch wählenden Arbeiterschaft der Dänischen Volkspartei zu, die – zumindest rhetorisch – eine sehr viel striktere Zuwanderungspolitik verfolgt.

Das Ziel, Wählerstimmen von der Dänischen Volkspartei zurückzugewinnen (und zu einem gewissen Grad auch von den Liberalen), ist ein wesentlicher Grund, weshalb die Sozialdemokraten seit diesem Jahr eine neue, nicht-liberale Einwanderungspolitik verfolgen. Diese ist in einem 42-seitigen, sehr detaillierten Strategiepapier »Fair und realistisch: Eine Einwanderungspolitik, die Dänemark zusammenbringt« dargelegt. Das Papier umfasst konkrete Vorschläge für drei Politikbereiche: Erstens muss die Einwanderung nach Dänemark begrenzt werden. Zweitens soll mit denselben Mitteln, die gegenwärtig zur Unterstützung von Flüchtlingen in Dänemark verwendet werden, einer größeren Anzahl von Flüchtlingen auf internationaler, außereuropäischer Ebene geholfen werden. Drittens müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um die in Dänemark ansässige Menschen aus nicht-westlichen Ländern besser zu integrieren.

1) *Begrenzung der Einwanderung* (Seite 12 im Strategiepapier): Die Sozialdemokraten schlagen vor, dass Dänemark Auffangzentren außerhalb Europas einrichten sollte. »Spontanes Asyl«, also die Option, in Dänemark oder an seinen Grenzen

¹ Eine »liberale, einwanderungsfreundliche Politik« bezeichnet hier eine Politik, die eine relativ freie Zuwanderung von Migrant_innen und Flüchtlingen in ein gegebenes Land befürwortet, jedoch nicht gleichbedeutend mit einer vollständig freien Zuwanderung ist. Demgegenüber bezeichnet eine »restriktive Einwanderungspolitik« eine Position, deren Hauptaugenmerk auf der Begrenzung von Einwanderung im Einklang mit internationalen Konventionen liegt.

einen Asylantrag zu stellen, würde hierdurch abgeschafft. Stattdessen sollen nordafrikanische Auffangzentren über Asylanträge entscheiden, die nach Möglichkeit durch die dänischen Behörden in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern errichtet werden sollen. Bei erfolgreichem Antrag würde die betreffende Person dann an die Vereinten Nationen weiterverwiesen und entweder in einem UN-Lager oder auf lokaler Ebene in dem Land untergebracht werden, in dem sich das UN-Zentrum befindet. Handelt es sich nicht um Flüchtlinge, sondern Migrant_innen, würden diese in ihr Herkunftsland zurückgesandt. Gleichzeitig sollte Dänemark Kontingentflüchtlinge aufnehmen, jedoch ausschließlich durch die UN.

Darüber hinaus schlagen die Sozialdemokraten eine jährliche Obergrenze für nicht-westliche Immigrant_innen vor. Diese Grenze soll politisch entschieden werden und darauf basieren, wie viele Menschen erfolgreich in die dänische Gesellschaft integriert werden können. Das Ziel wäre, dem dänischen Staat die Kontrolle über die Zuwanderung aus nicht-westlichen Ländern wieder zuzusprechen.

Das Positionspapier sieht in Bezug auf Sprachfähigkeiten, Beschäftigungsmöglichkeiten und bestehende Landeskenntnisse auch strenge Voraussetzungen für den Familiennachzug vor, insbesondere von Ehepartner_innen. Zusätzlich sollen nachziehende Ehepartner_innen dazu verpflichtet werden, in Dänemark zu arbeiten und zur Gemeinschaft beizutragen.

Weiter ist im Strategiepapier eine »Rückführungsreform« geplant. Sie soll gewährleisten, dass abgelehnte Asylsuchende tatsächlich in ihre Heimatländer rückgeführt werden. Die Reform umfasst folgende Punkte:

- Eine neu zu gründende Polizeispezialeinheit soll bezüglich der Rückführung abgewiesener Asylsuchender über besondere Kompetenzen verfügen;
- bereits bei Einreise und Asylantragsstellung soll eine umfassende Beratung zur Rücksendung stattfinden;
- die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung einer freiwilligen Rückkehr sollte bereits

geboten werden, bevor ein Asylantrag endgültig abgelehnt wird; und

- Dänemark sollte Staaten, die sich weigern, ihre eigenen Staatsangehörigen aufzunehmen, keine Entwicklungshilfe gewähren.

Weiter sieht das Papier vor, die dänischen Grenzkontrollen so lange aufrechtzuerhalten, wie keine konsequente Überwachung der EU-Außengrenzen besteht. Parallel will die Partei die Kooperation im Schengen-Raum dahingehend reformieren, dass Einzelstaaten selbst entscheiden können, über welchen Zeitraum hinweg sie die eigenen Staatsgrenzen kontrollieren wollen.

Im Hinblick auf Bar-Sozialleistungen sprechen sich die Sozialdemokraten dafür aus, dass Immigrant_innen, um in Dänemark Wohlfahrtsleistungen zu empfangen, zuerst selbst in das staatliche System eingezahlt haben müssen. Da dieses Prinzip eigentlich im Widerspruch zum sozialdemokratischen Wohlfahrtsmodell steht (vgl. Esping-Andersen 1990), sieht es die Partei zwar grundsätzlich skeptisch, doch argumentiert, dass es sich im gegenwärtigen Fall um eine notwendige Anpassung handle. Der kostenlose und gleichberechtigte Zugang zu sozialen Diensten wie medizinischer Versorgung, Schulen und Altersfürsorge würde fortbestehen. Vor allem erwarten die dänischen Sozialdemokraten von allen Immigrant_innen in Dänemark, einen Beitrag zu leisten. Dies gilt auch für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz oder Duldung.

2) *Stärkere Unterstützung von Flüchtlingen außerhalb Europas* (S. 22): Die EU und die internationale Gemeinschaft sollen mit „vereinten Kräften“ ein historisches, vom Marshallplan inspiriertes Förderprogramm für Afrika ins Leben rufen. Gleichzeitig muss innerhalb des derzeitigen Gesamtrahmens eine umfassende Reform der dänischen Entwicklungshilfe durchgeführt werden, um den Schwerpunkt auf Afrika zu legen. Der Paradigmenwechsel, Entwicklungshilfe mit konkreten einwanderungspolitischen Zielen zu verbinden, hat zweierlei Sinn und Zweck: Nicht nur würde einer neuen dänischen Zuwanderungspolitik der Weg geebnet, sondern Menschenschmugglern auch ihr lukratives Geschäftsmodell entzogen.

3) *Bessere Integration von Menschen aus nicht-westlichen Ländern in Dänemark* (S. 31): Die Sozialdemokratische Partei möchte das Problem von Parallelgesellschaften und sozialem Kontrollverlust stärker angehen. Demnach sollte beispielsweise eine Kindergartenpflicht eingeführt werden. Familiennachzug in Wohngebieten, in denen bereits vornehmlich Nicht-Westler_innen leben, soll ausgesetzt werden. Die Anzahl der Schulen, an denen über die Hälfte der Schülerschaft einen Migrationshintergrund hat, soll sinken. Und Angestellte im öffentlichen Dienst dürfen in ihrem Eintreten dafür, dass Demokratie wichtiger als Religion ist, nicht allein gelassen werden.

Nach dem Entwurf der Sozialdemokraten sollten Immigrant_innen, die Bar-Sozialleistungen und Integrationsleistungen erhalten, zu einer 37-Stunden-Arbeitswoche verpflichtet werden. Zudem sollte verboten werden, Kinder als Dolmetscher_innen einzusetzen.

Des Weiteren sollte eine Sozialleistungskommission gegründet werden. Deren Aufgabe wäre es, die Auswirkungen gekürzter Leistungen zu begutachten. Sie wäre auch damit betraut, die negativen Auswirkungen elterlicher Arbeitslosigkeit auf Kinder zu minimieren, sowie sicherzustellen, dass Neuankömmlinge nicht mehr erhalten als Ansässige. Zudem sollte zwischen Integration, Arbeitsmarktteilnahme und Lebensbedingungen ein faires Verhältnis bestehen. Für die Kinder von Familien, die Integrationsleistungen erhalten, wollen die Sozialdemokraten eine angemessene Versorgung gewährleisten. Ebenso sollen jährlich mindestens 200 Millionen dänische Kronen (umgerechnet rund 27 Mio. Euro) in Kindergärten und Schulen in sozialen Brennpunkten investiert werden.

Das Strategiepapier zielt darauf ab, dass Wohngebieten und Schulen allmählich sozial gemischer werden. So soll ein Zehnjahresplan sicherstellen, dass zukünftig in keiner Wohngegend, Schule oder sonstigen Bildungseinrichtung ein Maximalanteil von 30 Prozent nicht-westlicher Immigrant_innen oder deren Nachkommen überschritten wird.

Darüber hinaus schlagen die Sozialdemokraten neue Initiativen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit vor. Unternehmer_innen soll verdeutlicht werden, dass die Anstellung illegaler Arbeitskräfte zur Schließung ihres Betriebs führen kann. Hier müssten die Behörden über stärkere Kontrollmechanismen verfügen und Strafen signifikant verschärft werden. Das Positionspapier sieht zudem eine Reihe von Ansätzen vor, um Menschen, die in ihr Herkunftsland zurückkehren, bessere finanzielle Möglichkeiten zu bieten. So sollten beispielsweise Renter_innen auch bei Aufgabe ihres Aufenthaltsrechts in Dänemark in ihrem Herkunftsland ihre dänische staatliche Rente weiter beziehen dürfen.

In Bezug auf Kriminalität sollten dänische Gerichte mehr straffällig gewordene Einwanderer_innen in ihre Herkunftsländer abschieben können. Hinsichtlich der Auslegungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sollte Dänemark hier die Möglichkeiten durch den Europarat ausloten. Größere polizeiliche Anstrengungen müssen zur Bekämpfung von Bandenkriminalität unternommen werden. In diesem Zusammenhang wollen die Sozialdemokraten die Rekrutierung Minderjähriger in Gangs strafbar machen. Zusätzlich sollte untersucht werden, ob sich ein von Gerichten und Polizei unabhängiges soziales Sanktionssystem einführen ließe; durch soziale und schulische Strafen könnten präventive Maßnahmen an sozialen Brennpunkten gestärkt werden.

2. Warum haben sich die dänischen Sozialdemokraten für diese restriktive Einwanderungspolitik entschieden?

Die Neuausrichtung der politischen Strategie hat zwei wesentliche Ursachen: Diese finden sich erstens im weitreichenden Wohlfahrtssystem von Dänemark und zweitens in der Historie der Partei selbst.

Wenn weiterhin eine ungehinderte Immigration aus Drittwelt- und Schwellenländern nach Dänemark stattfindet, und so verhältnismäßig immer weniger Menschen Beiträge leisten, steht das

Land laut Strategiepapier einer immensen Herausforderung gegenüber: »Diese Herausforderung ist keine vorübergehende. Sie wird bestehen bleiben. Sie wird unser Sozialmodell, unsere geringe soziale Ungleichheit und unsere Lebensweise unter Druck setzen« (S. 4). In diesem Kernsatz scheint »unser« sowohl die Sozialdemokraten (die sich selbst als die größten Unterstützer des dänischen Sozialmodells sehen) als auch die Dänen per se zu meinen (deren Mehrheit laut sämtlicher Meinungsumfragen das dänische Sozialmodell befürwortet). Grundlage dieses Arguments ist, dass das dänische Sozialmodell universalistisch ist, also einen gleichberechtigten und kostenlosen Zugang zu u. a. Schulausbildung, Gesundheitswesen, Rentenversicherung (allein in Dänemark zu leben berechtigt zur staatlichen Rentenversicherung), Altenpflege und Hochschulbildung sichert. Dies setzt jedoch voraus, dass »die große Mehrheit Beiträge leistet« (durch Arbeit und Steuern), »gegenseitiges Vertrauen herrscht« und »ein hohes Ausmaß an Sicherheit besteht«. Nach dem sozialdemokratischen Entwurf sollen somit auch Immigrant_innen Beiträge leisten und so »Teil der Gesellschaft« werden (S. 11). Es wird wiederholt der Schlüsselbegriff verwendet, dass Immigrant_innen »ein Teil Dänemarks« werden sollten, also am Arbeitsmarkt teilnehmen und dänische Werte, die Demokratie und Geschlechtergleichheit anerkennen sollten.

Grundsätzlich gilt das dänische Sozialmodell als empfindlich gegenüber Einwanderung. Dies ist insbesondere der Fall, wenn zu viele Menschen zuwandern, die keinen eigenständigen Lebensunterhalt sichern können und somit sozioökonomisch gesehen einen »finanziellen sozialen Aufwand« darstellen (S. 34). Stellt man Steuern und Sozialleistungen gegenüber, kostet die Einwanderung aus Drittwelt- und Schwellenländern laut dem dänischen Finanzministerium den Staat jährlich etwa 34 Milliarden dänische Kronen (umgerechnet rund 4,5 Mrd. Euro) (S. 11). Diese öffentlichen Ausgaben entsprechen etwa den Kosten des dänischen Grundschulsystems.

Bezüglich der Kosten, die Dänemark durch Einwanderung aus nicht-industrialisierten Staaten entstehen, wird nicht zwischen Immigrant_innen

und Flüchtlingen unterschieden. Bislang wurde zwischen den beiden Gruppen in der Praxis nicht klar unterschieden; so erhielten viele Flüchtlinge, deren Asylanträge abgewiesen wurden, trotzdem eine Aufenthaltsgenehmigung, oder oftmals führte ein erfolgreicher Asylantrag einer Person zum Nachzug zahlreicher Familienmitglieder. Ein Ziel des sozialdemokratischen Positionspapiers ist, die beiden Gruppen klar voneinander zu trennen. Flüchtlinge sollten ausschließlich als Kontingentflüchtlinge im Rahmen der UN einreisen dürfen, und Immigrant_innen nur, wenn sie über auf dem dänischen Arbeitsmarkt benötigte Fachkompetenzen verfügen. Die wirtschaftliche Berechnung der Kosten von Zuwanderung bedeutet nicht, dass nicht-wirtschaftliche Faktoren wie Kriminalitätsrate, Aufeinanderprallen von Kulturen oder die Angst vor Terrorismus nicht auch in den politischen Kurswechsel der Sozialdemokraten mit hineinspielen würden. Doch weil die Zahlen des Finanzministeriums demgegenüber als unumstrittene Fakten gelten, werden sie in der politischen Debatte um die Einwanderungspolitik entsprechend oft zitiert.

Im Hinblick auf den zweiten Grund – die Geschichte der dänischen Sozialdemokraten – entspricht der derzeitige Kurswechsel aus Partei-sicht auch einer Rückbesinnung auf ihre Wurzeln und muss vor dem Hintergrund einer weitreichenden politischen Entwicklung der letzten 30 bis 40 Jahre betrachtet werden. Bis dahin proklamierte die Sozialdemokraten eine überaus restriktive Einwanderungspolitik, wie etwa von Mattias Tesfaye in seinem Buch *Willkommen, Mustafa* beschrieben. Im Einklang mit der Gewerkschaftsposition vertrat die Sozialdemokratische Partei damals vor allem die Interessen ungelernter wie gelernter Arbeitskräfte. Bis zu dieser Zeit war es vornehmlich die Arbeitgeberseite, die sich für eine liberale Einwanderungspolitik einsetzte.

Dies änderte sich ab Anfang der 1980er-Jahre. 1983 stellte die damalige liberal-konservative Regierung ein überaus liberales Flüchtlingsgesetz vor, das die Unterstützung der Sozialdemokraten fand. Deren damaliger politischer Richtungswechsel hatte mehrere Gründe:

- der Aufstieg der sogenannten 68er-Generation in der Partei;
- ein einwanderungsfreundlicher Trend auf internationaler Ebene;
- eine stärkere Gewichtung der internationalen Aspekte der Sozialdemokratie auf Kosten nationaler Interessen;
- die Besetzung des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen durch den Dänen Poul Hartling von 1978 bis 1985, wodurch sich dänische Politiker_innen in der Pflicht zu größerer Offenheit sahen.

Diese Entwicklungen ließen die Sozialdemokraten ihre traditionell skeptische Haltung gegenüber einer liberalen oder sogar Laissez-faire-Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik allmählich ändern. Nach dem Flüchtlingsgesetz von 1983 erhielten Flüchtlinge und Immigrant_innen denselben Status; nur sehr wenige Flüchtlinge, denen Asyl verweigert wurde, mussten das Land wieder verlassen, und über viele Jahre hinweg unterlag ihr Familiennachzug kaum Einschränkungen. Infolgedessen stieg der dänische Bevölkerungsanteil mit nicht-westlichen Wurzeln von einem Prozent im Jahr 1980 auf gegenwärtig 8 Prozent. Dieser Wandel hat sich in weniger als einer Generation vollzogen (S. 4 im Positionspapier). Die diesjährige neue politische Richtlinie, die diesen Auswirkungen begegnen soll, kann somit als Rückkehr zu den Parteiwurzeln betrachtet werden.

3. Wie lässt sich diese neue politische Position bewerten?

Insgesamt lässt sich die Einwanderungspolitik als eine neue Gegenbewegung zum vorherrschenden liberalen, einwanderungsfreundlichen Diskurs vieler sozialdemokratischer Parteien in Europa einordnen; diese haben bis heute Schwierigkeiten, sich zu dem Thema zu positionieren. In der Partei wird der politische Kurswechsel als kohärent und solidarisch gesehen. Er bietet einen Ansatz für internationale Lösungen, ist aber auch in der Ideologie und Geschichte der Partei verwurzelt – vor allem, da er den Vorstellungen potenzieller Wähler_innen aus der Arbeiterschicht entspricht.

Nichtsdestotrotz erhält der Plan auch starke Kritik. So gibt es viele Bedenken hinsichtlich der vorgesehenen Asyleinschränkungen und Auffanglager in Nordafrika. Grundsätzlich ist fraglich, ob der Entwurf im Einklang mit internationalen Abkommen steht und in welcher Form die Rechte von Asylsuchenden in einem nordafrikanischen Land gesichert werden können. Dem halten die Sozialdemokraten entgegen, dass die Fälle in Nordafrika im Rahmen internationaler Übereinkommen bearbeitet würden und dies einen wesentlichen Teil der Vereinbarungen über die Errichtung der Zentren ausmachen würde.

Auf der anderen Seite verspricht der Plan, die Kontrolle über die Anzahl der in das Land erlaubten

Migranten zurückzugewinnen. Er verbindet dabei nationale und internationale Bemühungen. Die Strategie enthält eine Vielzahl konkreter Ideen und Vorschläge, die in Dänemark in der einen oder anderen Form voraussichtlich ohnehin umgesetzt werden.

Viele der sozialdemokratischen Parteien Europas befinden sich gegenwärtig in einer tiefen Krise, und einige von ihnen haben bei den jüngsten Wahlen schwere Einbußen erlitten. Einer der wesentlichen Gründe hierfür scheint ihre Schwierigkeit zu sein, sich konstruktiv mit dem Thema Einwanderung auseinanderzusetzen. Statt vorgefasster Meinungen über die richtige Einwanderungspolitik kommt es hier vor allem auf Offenheit an.

Literaturverzeichnis

Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.

Nedergaard, Peter (2017): The Immigration Policy Turn: The Danish Social Democratic Case, in: *Social Europe* (25.5.2017); <https://www.socialeurope.eu/immigration-policy-turn-danish-social-democratic-case> (aufgerufen am 9.5.2018).

Nedergaard, Peter (2016): Grænser og EU's (manglende) legitimitet, in: *Samfundsøkonomen*, Nr. 3.

Socialdemokratiet (2018): Retfærdig og realistisk. En udlændingepolitik, der samler Danmark. Kopenhagen; <http://www.socialdemokratiet.dk/media/7011/en-udlaendingepolitik-der-samler-danmark.pdf> (aufgerufen am 9.5.2018).

Tesfaye, Mattias (2017): *Velkommen Mustafa. 50 års socialdemokratisk udlændingepolitik*. Kopenhagen: Gyldendal.

Über den Autor

Peter Nedergaard ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Kopenhagen. Er hat zahlreiche Bücher und Beiträge in dänischen Fachzeitschriften über die dänische und europäische Politik publiziert. Im Mai dieses Jahres veröffentlichte er ein neues, gemeinsam herausgegebenes Buch „The Routledge Handbook of the Politics of Brexit“.

<https://nedergaard.wordpress.com/>

Imprint

Friedrich-Ebert-Stiftung
Regionalprojekt „Flucht, Migration, Integration in Europa“
Herausgeber: Regionalprojekt „Flucht, Migration, Integration in Europa“

H-1056 Budapest, Fővám tér 2–3, Hungary
Tel.: +36-1-461-60-11
Fax: +36-1-461-60-18
E-Mail: fesbp@fesbp.hu

<http://www.fes-budapest.org/en/topics/flight-migration-integration-in-europe/>

Verantwortlich: Timo Rinke

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Der Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ungarn

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist den Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Frieden und Zusammenarbeit sind unsere Ideale. Als „Dienstleister der sozialen Demokratie“ wollen wir zu mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Gerechtigkeit in Staat und Gesellschaft sowie zur gegenseitigen Verständigung in einem gemeinsamen Europa, beitragen. Diese Prinzipien spiegeln sich in unserem Partnerspektrum aus Politik, Gewerkschaften, Medien und Gesellschaft wieder.

Regionalprojekt “Flucht, Migration, Integration in Europa”

Das Regionalprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung zu „Flucht, Migration, Integration in Europa“ setzt sich für die Stärkung einer gemeinsamen Europäischen Migrations- und Asylpolitik ein. Im Mittelpunkt stehen Fachkonferenzen, Politikanalysen und wissenschaftliche Beiträge die ein besseres Verständnis für – nationale, regionale und europaweite – Migrationsdiskurse schaffen sollen. Hieraus leiten sich auch konkrete Handlungsempfehlungen für Entscheidungsträger ab. Im Bereich Integrationspolitik identifiziert das Projekt Integrationserfahrungen von Migranten und Geflüchteten mit dem Ziel Best Practice Beispiele transnational zu vernetzen. Das Projekt läuft seit März 2017, der Projektstandort ist Budapest.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.